

**Oliver Paasch intervenierte im Interregionalen Parlamentarierrat der Großregion
„Auf stationäre Grenzkontrollen muss verzichtet werden“**

Mehrere Kommissionen des Interregionalen Parlamentarierrats der Großregion setzten sich heute in einer gemeinsamen Sitzung in Perl (D) mit den Auswirkungen von Grenzkontrollen auseinander. Zugeschaltet zur Sitzung im Deutsch-Luxemburgischen Schengen-Gymnasium war auch DG-Ministerpräsident Paasch, der an die negativen Folgen der Grenzschließungen während der Corona-Pandemie erinnerte und mit Blick auf die aktuelle bundesdeutsche Diskussion die dauerhafte Beibehaltung offener Grenzen einforderte.

„Was es bedeutet, wieder Grenzen zu ziehen, Grenzschließungen durchzusetzen oder stationäre Grenzkontrollen durchzuführen, haben wir vor fünf Jahren während der Pandemie leidvoll erlebt“, so Oliver Paasch in seiner Intervention. Neben den evidenten Alltagsproblemen seien durch die Grenzschließungen auch wieder Grenzen in den Köpfen entstanden. „Plötzlich galt der Nachbar nicht mehr als Verbündeter, mit dem man solidarisch gegen eine große Krise vorgehen wollte, sondern als ein Problem – jemand, von dem man sich abschotten wollte. Und so etwas darf nicht passieren, weil es etwas macht mit der Psychologie von Grenzgängern und deshalb auch eine wirkliche, langfristige Gefahr für den europäischen Integrationsprozess darstellt.“

Für temporäre Grenzkontrollen in besonderen Ausnahmefällen könne er durchaus Verständnis aufbringen. „Was ich aber niemals akzeptieren könnte, wären dauerhafte, stationäre Grenzkontrollen“, erklärte der DG-Regierungschef, der die Mitglieder des Interregionalen Parlamentarierrats zu einer gemeinsamen Resolution in diesem Sinne ermutigte.

Weitere Auskünfte erteilt:

Serge Heinen

Pressesprecher / Berater

Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
Kabinett Ministerpräsident Oliver Paasch
Klötzerbahn 32, B-4700 Eupen
Tel.: +32-87-789 616, Mail: serge.heinen@dgov.be